

# Volk's- und Anzeigebblatt

für

Winnenden und seine Umgegend.

„Freiheit und Recht.“

Dieses Blatt erscheint wöchentlich zweimal, am Donnerstag und Montag, und kostet vom 1. Januar 1850 an vierteljährlich 24 fr. — Einrückungsgebühr 1 ½ fr. für die gedruckte Linie, Einsendungen sind an die Redaktion des Volk's- und Anzeigebblattes zu adressiren. Expedition bei Kaufmann C. F. Glock.

Nr. 54.

Montag d. 8. Juli

1850.

## Württembergisches.

W. C. Stuttgart, den 3. Juli. Die Ministerkrise ist vorüber, das neue Ministerium ist gebildet und zwar: Inneres: Frhr. v. Linden; Justiz: v. Pleffen; Krieg: Generalleutenant v. Müller; Finanzen: v. Knapp; Aeußeres und Kirchen- und Schulwesen: v. Reinhardt. Das Präsidium führt General v. Miller. Schon gestern Abend, nachdem man kurz zuvor geglaubt hatte, das Ministerium Schlayer werde wieder im Amte bleiben, entschied sich die Sache definitiv und Frhr. v. Linden richtete sogleich ein Schreiben an das Präsidium der Landesversammlung, worin er demselben die Bildung eines neuen Ministeriums, wozu er gehöre, anzeigte und zugleich darauf antrug, daß heute eine Sitzung der Landesversammlung abgehalten, falls es nicht schon so bestimmt sey, da er derselben eine K. Verordnung mitzutheilen habe. Dieses Schreiben wurde heute vom Präsidenten in der 37ten und letzten Sitzung der 2ten verfassungsberathenden Landesversammlung verlesen und ein seither eingekommenes K. Rescript, worin dem Kammerbeschluß, die Forterhebung der Steuern bis Ende August 1850 betreffend, die K. Genehmigung erteilt wurde. Dasselbe ist unterzeichnet: Miller, Linden, Pleffen, Knapp; (v. Reinhardt ist im Augenblicke nicht hier.) Die vier ebengenannten Minister traten sofort in den Sitzungssaal. Sie blieben vor dem Ministerische stehen und Frhr. v. Linden bestieg sofort, vom Präsidenten aufgefordert, die Rednerbühne, von wo er eine K. Verordnung verlas, wo-

durch nach Anhörung des K. Gesamtministeriums und nach Ansicht des Art. 186. u. 192. der Verfassung verfügt wurde: 1) die gegenwärtige außerordentliche Landesversammlung ist aufgelöst; 2) von diesem Augenblicke an hört ihre Wirksamkeit auf und hat sie nur noch das Recht zu einer Sitzung Behufs der Wahl des Ausschusses, dessen Wirksamkeit damit beginnt; 3) Es wird eine neue Wahl nach dem Gesetz vom 1. Juli v. J. angeordnet und hierüber vom K. Ministerium des Innern seiner Zeit das Nöthige verfügt. Diese dritte Bestimmung erregte allgemeine Verwunderung und gilt bei den Einen dafür, daß das Ministerium streng an den verfassungsmäßigen Bestimmungen festhalten werde, bei den Andern dafür, daß damit vorerst weitergehende Pläne verdeckt und erwartete Stroyirungen nicht von hier aus, sondern von Frankfurt aus erfolgen sollen, was innerhalb der nächsten 2—3 Monate geschehen müßte, da die Steuern nur bis Ende August verwilligt sind und nach Art. 26. des Gesetzes vom 1. Juli 1849 im Falle der Auflösung längstens binnen 3 Monaten eine neue Versammlung einberufen werden muß. Außer dem Präsidenten sind in den engern Ausschuss gewählt: Köbinger mit 43, Schnizer 42, Feger 42, Stockmayer 41 und Mohl mit 40 Stimmen; in den weitem Ausschuss: Lasei mit 44, A. Seeger 44, Pfahler 43, Rehscher 39, Mack 39 u. Schweichhardt 37 Stimmen. Außer Rehscher und Mack gehören sämtliche Gewählte, die auch schon das letztemal den Ausschuss bildeten, der

Linken an. Nach einer kurzen Abschiedsrede des Prä-  
sidenten, die nachstehend folgt, trennte sich die Ver-  
sammlung und nur die Mitglieder des Ausschusses  
versammelten sich zu ihrer Constituierung im Saal.

Meine Herren! Die Stunde des Abschieds ist ge-  
kommen. Als ich im Dezember v. J. an die dama-  
lige Landesversammlung nach ihrer Auflösung einige  
Worte des Abschieds richtete, sprach ich darin aus, daß  
die Maßregel der Auflösung eine verfassungsmäßige  
und konstitutionelle sey, wenn und so weit die Regie-  
rung entschlossen sey, den Willen des Volkes, wie er  
sich durch die neuen Wahlen aussprechen werde, zu  
achten. Das Volk hat gesprochen: Es hat eine Lan-  
desversammlung geschickt, in welcher das bestehende  
System kaum auf eine feste Stimme zählen konnte.  
Das System der Regierung hat sich dem Willen des  
Volkes, wie er sich durch die Landesversammlung aus-  
gesprochen hat, nicht gefügt. Zwar ist das Ministe-  
rium abgetreten. Neue Männer stehen am Ruder des  
Staates. Aber das System — wir zweifelten Alle  
nicht daran — ist das alte geblieben. Wird sich wohl  
die Regierung dem Willen des Volkes fügen, wie er  
sich durch die neuen Wahlen aussprechen wird? Ist  
sie dazu entschlossen, wohl an so möge das Volk von  
Neuem den Kampf mit ihr aufnehmen, oder sollte die  
Ansicht derjenigen die richtige seyn, die in der Auflö-  
sung dieser Versammlung und in der Neuwahl einer  
Versammlung nach dem Gesetz vom 1. Juli nur die  
Absicht erblicken, dem Walten einer finstern Macht  
Raum zu geben, die sich über dem Rest der Freiheit  
des deutschen Volkes zusammengezogen hat. Wie dem  
sey, meine Herren, diese Landesversammlung hat —  
ich glaube dieß hier vor dem württembergischen Volke  
aussprechen zu dürfen — ihre Pflicht gethan. Es  
standen ihr nach der Lage der deutschen Verhältnisse  
nur zwei Wege offen: entweder festzuhalten an dem  
verfassungsmäßigen Rechtszustande oder denselben auf-  
zugeben, den Untergang der gesetzlich bestehenden Frei-  
heiten, wenn auch nur nach und nach zu dekretiren.  
Zu letzterem, meine Herren, hat das Volk die Landes-  
versammlung nicht in diesen Saal geschickt. Die Lan-  
desversammlung hat den ersteren Weg gewählt, sie  
hat den Kampf mit der Regierung aufgenommen, und  
ich glaube sagen zu dürfen, sie hat ihn ehrenhaft be-  
standen, mit Mäßigung zwar, auf der andern Seite  
aber auch mit Entschiedenheit, Mag auch ein kleiner

Theil des Volkes der Landesversammlung zurufen, ihr  
habt das Brod des Volkes umsonst gegessen, ihr habt  
demselben nichts beschafft, so sage ich, diese Landesver-  
sammlung hat für das württembergische Volk alles  
dasjenige zu Stande gebracht, was unter den Verhält-  
nissen, wie sie im deutschen Lande und Württemberg  
bestehen, zu Stande gebracht werden konnte. Sie hat  
das Recht des Volkes festgehalten und dadurch die  
Regierung in die Lage gebracht, dieses Recht entwe-  
der zu achten oder zu brechen. Treten sie muthig mit  
ruhigem Gewissen und offenem Blicke in die Reihen  
Ihrer Mitbürger zurück. Mögen die Zeiten kommen,  
wie sie wollen. Segen und pflegen Sie ferner unter  
Ihren Mitbürgern den Gedanken der Einheit und Frei-  
heit des deutschen Volkes. Tragen Sie durch Lehre  
und Beispiel zur Hebung der Sittlichkeit und Bildung  
des Volkes bei, auf daß dasselbe mehr und mehr reif  
werde für eine schönere Zukunft, die, so Gott will,  
auch noch dem deutschen Volke beschieden seyn wird.  
Und sollte auch die Reaction mit ihrem Strome Alles  
wegschwemmen, was noch von den Jahren 1848 und  
1849 übrig geblieben ist, so erinnern Sie sich und  
Ihre Mitbürger in Stunden der Muthlosigkeit und  
Verzweiflung an die Worte unseres vaterländischen  
Dichters, die ich Ihnen zurufe:

Verharret ruhig und bedenket,  
Der Freiheit Morgen steigt herauf,  
Ein Gott ist's, der die Sonne lenket,  
Und unaufhaltsam ist ihr Lauf.

Meine Herren, ich sage Ihnen ein herzliches Lebe-  
wohl. (Allgemeines Bravo im Saal und auf der Gal-  
lerie.)

Stuttgart den 5. Juli. Wer irgend wie darauf  
gerechnet hatte, die Ernennung eines weiter nach rechts  
gehenden Ministeriums — welches das gegen die ih-  
rer großen Mehrheit nach demokratische Landesversamm-  
lung zu nachgiebige Schlayer'sche verdrängen würde —  
werde im Lande große Sensation erregen, wird jetzt  
die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das durchaus  
nicht der Fall ist. Dieser Fall war längst als eine  
nothwendige Folge des Gangs der Ereignisse vorge-  
sehen und erwartet, von der conservativen Partei er-  
sehnt, von der radikalen prophezeit und gefürchtet.  
Von Seiten der Ultraliberalen sind nun Schritte ge-  
sehen, die eine Annäherung an die Demokraten be-  
zwecken, und es will, wie versichert wird, versucht wer-

den, bei der nächsten Wahl zur Landesversammlung gemeinsame Candidaten der conservativen Partei gegenüber aufzustellen, um der sehr erstarrten und durch die neuesten Vorgänge mit steigender Zudersicht auftretenden conservativen Partei die Spitze bieten zu können. Ob dieses Anerbieten (wenigstens so weit es die Abgeordnetenwahlen betrifft) von der demokratischen Partei angenommen werden wird, scheint uns mehr als zweifelhaft, da die Abgeordneten der bisherigen Mehrheit sogleich nach der Auflösung der Landesversammlung zu einer Besprechung über die Wahlen zusammentraten, das alte Wahlcomité wieder einsetzten und sich verabredeten, in ihren Bezirken darauf hinzuwirken, daß die bisherigen Vertreter, wo es Demokraten waren, wieder gewählt werden, für die andern Bezirke aber solche Candidaten in Vorschlag zu bringen, welche einige Aussicht auf Erfolg hätten. In Betreff der Abgeordnetenwahlen scheint unter der Demokratie eine gewisse Siegesicherheit zu herrschen, welche auch von den Conservativen getheilt wird, wenigstens freuen sich ihre Organe der neuen Cabinetsänderung im Hinblick darauf, daß die Neuwahl nach dem demokratischen Wahlgesetz vom 1. Juli 1849 stattfinden soll, nur halb. Man glaubt daher, das Ministerium Linden-Müller werde abermals nur ein Uebergangs-Ministerium seyn und in Bälde, sowie die Lösung der deutschen Frage weiter vorangeschritten ist, einem noch weiter rechts gehenden Platz machen, in welchem von den jetzigen Ministern nur etwa Müller und Pflessen Platz finden würden, da diese auch für energischere Oekonomie-Maßregeln gestimmt sind. v. Linden ist zwar streng conservativ und für die Adelsvorrechte eingenommen, wird aber allen seitherigen Erfahrungen nach, den gesetzlichen Boden der Verfassung von 1819 nicht verlassen, weshalb die neuzuwählende Landesversammlung von ihm schon in etwa 6 Wochen berufen werden mußte, weil die Steuern nur bis Ende August bewilligt sind.

So eben erscheint eine „Königl. Ansprache aus Anlaß der Auflösung der Landesversammlung“ an das württ. Volk, worin am Schlusse gesagt ist: „Wir Unserer Seite werden Leben in der unerkümmerten Ausübung seines Rechts zu schützen wissen; wie Wir überhaupt Unsere Beamten jeder Stellung mit aller Entschiedenheit auffordern, den ganzen Ernst des Gesetzes zur Geltung zu bringen, damit die Zeit, welche man so gerne eine Zeit der Freiheit nennt, nicht den Einnern zur Zügellosigkeit, den Andern nahezu zur Unfreiheit führe, damit nicht unter dem ungemessenen Drang nach Rechten das Gefühl für die Pflichten mehr und mehr ersterbe, und, wie eine trostlose Verwirrung der Begriffe von Recht und Unrecht, so auch der Ruin des materiellen Wohlstandes Unseres Volks unausbleiblich hereinbreche. Unser Wunsch war und ist kein anderer, als Uns über die beabsichtigte Revision der Verfassung in einer Weise zu vereinbaren, welche geeignet ist, Allen Klassen Unseres Volkes zum wahren

Wohl zu dienen, aber auch die unberäuerlichen Rechte der Krone nicht Preis zu geben. Dieses Ziel werden Wir auch fernerhin unabänderlich verfolgen; Wir vertrauen dem ostbewährten Viedersinn Unseres getreuen Volkes; Wir vertrauen dem gesunden Urtheil über die offen vorliegenden Verhältnisse und die schwer zu berechnenden Folgen eines nochmaligen Mißlingens dieses Versuchs, daß Wir eine unserem Herzen schmerzlich fallende Täuschung nicht zu befürchten haben werden.

#### Notizen aus dem Jahr 1849.

(Von einem früheren Bürgerausschuß-Mitglied.)

Schade, daß die Einsetzung des neuen Ministeriums Linden-Müller nicht schon am 18. Juni anstatt am 2. Juli vor sich gegangen ist, — was doch scharmant hätte eintreffen können, wenn die Kammer gar nicht oder auf kürzere Zeit vertagt, oder auch das Ministerium Schlayer bald zur Einsicht seiner ferneren Unmöglichkeit gelangt wäre; — die Sprengung der Nationalversammlung am 18. Juni 1849. durch den Generalleutnant v. Müller und — wie man in öffentlichen Blättern liest der Fall des neuen Ministers Müller auf den Plattenboden im Ständehaus würde sich ganz prophetisch ausgenommen haben. Doch das letztere ist Nebensache. Wie weit es mit dem guten Deutschland und mit dem guten Württemberg seit 2 Jahren gekommen ist, das läßt sich am besten gerade an diesem jetzigen Minister Müller datiren. Im Jahr 1848 wars, als derselbe bei den stattgehabten Mißverständnissen in Ludwigsburg um ein Eckritt, wo ihm das Pferd stürzte, und ein Soldat vom 8ten Regiment eben im Begriffe war, ihm den Kopf vom Leibe zu trennen. Nachher wurde er nach Schleswig-Holstein kommandirt, um nach dem Befehl der Nationalversammlung auf Kosten des deutschen Reichs den Schleswig-Holsteinern den Sieg über das anmaßliche Dänemark zu helfen. Was war's? Dort angekommen, den General Wrangel begrüßt, den Hut zur Ehre des Königs von Preußen geschwenkt, und wieder zurückgekehrt! Nach langem Umherziehen an der badischen Gränze hatte er im Jahr 1849 die Aufgabe, die Neutlinger Versammlung im Schach zu halten. Von der Nationalversammlung die Entfernung als Reichsgeneral von seinem Posten

beantragt, zog er in Stuttgart ein, wo er von dem Ministerium Römer-Duvernoy am 18. Juni beauftragt und auferkoren wurde, die Nationalversammlung mit Gewalt zu sprengen. Wer denkt nicht jenes Tags mit bitterem Gefühl — und wenn auch nur im Stillen — wenn man zugleich bedenkt, was kurz vorausgieng! In dem deutschen Lande Württemberg war's, nur 2 Monate vorher, ehe das große Werk gegen unbewaffnete, aber mit dem ächten Volksgeist besetzte Männer von dem General Miller ausgeführt wurde, als alle Partheyen des Landes (der Adel wohl nicht) sich vereinigten, den König zur Annahme der Reichsverfassung zu vermögen. Im April 1849 war's — und verschließe keiner sein Herz vor seinem eigenen Schaffen zur damaligen Zeit — als gerade die zähesten Conservativen den Impuls gaben, diese Reichsverfassungsanerkennung auszuführen. Die Demokratie hat damals mit Selbstverläugnung dieses Unternehmen ohne Murren unterstützt; sie glaubte sich begnügen zu dürfen 1) weil doch sehr vieles damit erreicht worden wäre, und mit dem Vertrauen, wenn es von dieser Seite her komme, werde es doch auch Bestand haben. In den Gemeinde-Collegien sogar, wo gewöhnlich immer das zäheste Festhalten an monarchischen und geisttödtenden Prinzipien anzutreffen war, wurde es zu jener Zeit munter und hellauf. Der König hat anerkannt, 2) und die Nationalversammlung ist Schutz und Unterstützung suchend am 4. Juni 1849 nach Stuttgart übersiedelt, und wie steht's jetzt? Kurz gesagt, jetzt ist derjenige Minister, der vor einem Jahre dasjenige vernichtete, was das Volk errungen und der König anerkannt hatte. Welcher Unterschied! Nicht als ob dieser ic. v. Miller sich geändert hätte, nein, das kann nicht gemeint seyn; aber mit bitterem Gefühl muß derjenige auf die Männer blicken, der es nicht versteht, solche Begebenheiten — wie die Anerkennung der Reichsverfassung — so schnell aus dem Gedächtniß zu bringen, der es nicht versteht, sein eigenes Nachwerk als eine Null zu erklären oder gar mit Füßen zu treten; 3) ja, der es nicht versteht, daß von solchen Conservativen ein Jahr später das

Urtheil gesprochen wird über die, die in Mehrheit die Reichsverfassung durchgeführt wissen wollten.

Gehen wir auf die hiesige Gemeinde über, so brauchen wir wenige Worte zu wechseln, die doch mancher als Ideen könnte auslegen wollen. Hier sprechen aber Thatsachen genug, und ohne der schönen Reden zur Zeit der Reichsverfassung, der Stadtschultheißenwahl, weiter Erwähnung zu thun, läßt ein Bürgerauschussmitglied einige Auszüge aus dem Stadtraths-Protokolle, wie er sie zufällig in Händen hat, hier wörtlich abdrucken jedoch mit Weglassung der Namen.

W i n n e n d e n .

Königl. Oberamts Waiblingen.

Auszug aus dem

Stadtrathsprotokoll vom 21. April 1849.

§. 219.

Wegen der gegenwärtigen bedeutungsvollen politischen Ereignisse und wo möglich den König zur unumwundenen Annahme der deutschen Reichsverfassung zu bestimmen, wurde

beschlossen:

am heutigen Sonntag nach der Vormittagskirche eine Bürgerversammlung vor dem Rathhaus abzuhalten, und eine entsprechende Adresse zur Unterzeichnung aufzulegen, zur Leitung der Versammlung ein Comité, bestehend aus den Mitgliedern der bürgerlichen Collegien N. N., mit dem Vorstand zu ernennen, auch heute Nachmittag durch dieses Comité unter Beziehung der Herren N. N. die Adresse entwerfen zu lassen.

(Fortf. folgt.)

W i n n e n d e n .

In No. 52. des Volks- u. Anz.-Bl. ist die Aufforderung an mich ergangen, eine Erklärung darüber abzugeben, warum ich als Stadtpfeger resignirt habe.

Als ein Freund der Deffentlichkeit sehe ich nicht an, meine Gründe, soweit sie auf's Allgemeine sich beziehen, auch öffentlich vor der Bürgerschaft niederzulegen, und bedaure nur, daß mich in vergangener Woche sehr dringende Geschäfte davon abgehalten haben, werde aber das Versäumte wo möglich im nächsten Blatte nachholen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

den 6. Juli 1850.

Fried. Claf.

W i n n e n d e n .

Der hiesige Sängerbund versammelt sich heute Nachmittag 4 Uhr im Pfleger'schen Garten.

den 7. Juli 1850.

der Vorstand.